

# Laibacher Zeitung.



Nr. 21. Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Montag, 27. Jänner

Insertionsgebühr für 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 90 kr., 3mal 1.20; sonst pr. Zeile 1mal 6 kr., 2mal 9 kr., 3mal 12 kr. u. s. w. Insertionsheftel jedesmal 30 kr.

1873.

## Amtlicher Theil.

Der Handelsminister hat der Wiederwahl des J. Mayer zum Präsidenten und des R. Hillinger zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer zu Klagenfurt für das Jahr 1873 die Bestätigung erteilt.

Der Handelsminister hat der Wiederwahl des Salomon Edlen v. Parente zum Präsidenten und des R. G. Stettner zum Vizepräsidenten der Handels- und Gewerbekammer zu Triest für das Jahr 1873 die Bestätigung erteilt.

Am 1. Februar 1873 um 10 Uhr vormittags wird im Beisein der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes in dem für Verlosungen bestimmten Saale im Bankgebäude — Singerstraße — die 26. Verlosung der Serien der Staatsschuldverschreibungen des Lotto-Ausbeuges vom Jahre 1860 vorgenommen werden.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

## Nichtamtlicher Theil.

Vom 1. Februar d. J. an können Correspondenzkarten gegen die Gebühr von 4 Kreuzern zwischen Oesterreich, Ungarn und jenen Orten der Türkei, wo k. k. Postanstalten bestehen, und Alexandrien in Egypten versendet werden.

In der Richtung nach der Türkei sind die inländischen Correspondenzkarten in der Weise zu verwenden, daß die Gebühr durch Aufkleben einer 2 kr.-Briefmarke auf der Rückseite auf den obigen Betrag ergänzt wird.

Für den Verkehr aus der Türkei nach Oesterreich-Ungarn kommen Correspondenzkarten mit eingepprägtem Stempel von 4 Soldi und mit italienischem Texte in Anwendung. Unvollständig frankierte Correspondenzkarten werden nicht abgesendet.

Mit dem Gesetze vom 21. Dezember 1872 wurde das Ministerium ermächtigt, die bestehenden directen und indirecten Steuern und Abgaben sammt Zuschlägen nach Maßgabe der gegenwärtig gültigen Besteuerungsgefetze, und zwar die Zuschläge zu den directen Steuern in der durch das Finanzgefetz vom 24. März 1872 bestimmten Höhe in der Zeit vom 1. Jänner bis letzten März 1873 fortzuerheben, die in dieser Zeit sich ergebenden Verwaltungsauslagen nach Erfordernis für Rechnung der durch das Finanzgefetz für das Jahr 1873 bei den bezüglichen Capiteln und Titeln festzustellenden Credite zu befreiten und die mit dem Finanzgefetz vom 24. März 1872 bewilligten außerordentlichen Theuerungsbeiträge in der Zeit vom 1. Jänner bis letzten März 1873 in dem bisherigen Ausmaße auf Rechnung der mit dem Staatsvoranschlage für das Jahr 1873 bei der allgemeinen Rassenverwaltung präliminirten Auslagen fort zu erfolgen. Die Präsidien sämtlicher Finanz-Landesbehörden sind eingeladen worden, unverzüglich die angemessenen Verfügungen zur Durchführung dieses Gesetzes und insbesondere die Anordnung zu treffen, daß die directen Steuern sammt Zuschlägen, welche in den Monaten Jänner, Februar und März 1873 fällig werden, vollständig eingehoben werden.

Folgende sind die an der Erwerbsteuer im Jänner 1873 fällige halbjährige Rate, die in den Monaten Jänner bis März 1873 an der Grund-, Hauptkassen und Hauszinssteuer fälligen monatlichen oder vierteljährigen Anticipatio- und Decursoratoren, sowie die mit Schluß des Monats März 1873 fällige Quartalsrate der Einkommensteuer ganz einzubeheben.

Bezüglich des Ausmaßes des außerordentlichen Zuschlages für die Erwerb- beziehungsweise Einkommensteuer-Pflichtigen der ersten und zweiten Klasse wird auf den dritten Absatz im Artikel 4 des Gesetzes vom 24ten März 1872 hingewiesen.

## Journalstimmen zur Wahlreform.

Die öffentlichen Blätter benützen die Tage bis zur Einbringung des Gesetzentwurfes betreffend die Wahlreform im österreichischen Reichsrathe zur Sammlung von Details und zur Berichterstattung über den Stand der Wahlreformfrage.

Das „N. Fremdbl.“ sagt: „Was wir in den verschiedenen Provinzjournalen über den augenblicklichen Stand der Wahlreformaction finden, vermag uns ihre ruhige Auffassung der Lage nur zu bestätigen.

Von allen Seiten her wird gleichmäßig versichert, daß keinerlei Stillstand in der erwähnten Action eingetreten sei und daß man die Gefahr, welche derselben von seiten des czechisch-polnisch-feudal-erzbischöflichen Verschwörerkreises droht, sowie überhaupt den Einfluß des letztern auf den maßgebenden Willen überschätzt. Von mancher Seite wird der Anwesenheit des Cardinals Schwarzenberg in Wien überhaupt jede gegen die Wahlreform gerichtete Tendenz abgesprochen und dieselbe damit erklärt, daß der Kirchenfürst der montägigen Sitzung des Herrenhauses, in welcher neben dem Rekrutengesetz auch das Universitätsgefetz beraten werden soll, dieses letzteren wegen beizuwohnen gedenkt. Dem einigermaßen widersprechend klingt allerdings eine interessante Stelle in einer officiösen Correspondenz der „Boh.“ Es wird nämlich gegen die lügenhaften Angaben des „Vaterland“ über die Stimmung in Allerhöchsten Kreisen mit folgender Wendung polemisiert: „Niemand besser als der Cardinal-Fürstererzbischof von Prag hätte dem ihm sehr nahe stehenden Blatt, und zwar schon gestern die aus unmittelbarer Quelle geschöpfte Mittheilung machen können, daß hinter dem Ministerium Auerberg nach wie vor das volle Vertrauen der Krone steht und daß dieses Ministerium nur noch der Entscheidung des Reichsrathes zu harren hat. Wenn Ueberraschungen in Aussicht sind, so dürften sie nach einer ganz andern Richtung hin zu erwarten sein.“ Das klingt allerdings nicht so, als ob seine Eminenz rein nur des Universitätsgesetzes wegen nach Wien gekommen wäre. Er scheint vielmehr seine Zuhörer auch nach anderen Richtungen ausgedehnt zu haben, dabei aber auf wenig günstiges Terrain gestoßen zu sein. Auch über die mutmaßliche Haltung der Polen spricht sich derselbe Correspondent aus. Seiner Meinung nach werden die Polen operieren wie beim Schulgesetze, die Schlacht von anderen schlagen lassen und dann sich dem Sieger anschließen. „Allem Anschein nach — also fährt er fort — haben wir abermals eine Arbeitseinstellung ad hoc zu erwarten, wird aber die Gesetzgewordene Wahlreform die Polen wieder bei der parlamentarischen Arbeit finden.“

Die „Presse“ betont, daß gerade die directen Wahlen dazu beigetragen werden, die nationalen Gegensätze zu veröhnen oder doch zu mildern. Die directen Wahlen verlegen den politischen Schwerpunkt nicht in den Landtag, sondern ins Volk.

Ganz richtig bemerkt die „Pr.“: „Hätte das, was man heute nach zwölfjährigem Ringen und Kämpfen einzuführen sich anschickt, gleich beim Beginn unseres constitutionellen Lebens zu Recht bestanden, wäre nämlich die Wahl in den Reichsrath statt in die Hand der Landtage in jene des Volkes gelegt worden, wer wollte leugnen, daß die Vertreter der czechoslavischen Volksstammes heute Hand in Hand mit ihren deutschen Landesleuten auf dem gemeinsamen Verfassungsboden für das Wohl des Reiches, von welchem ja auch das Wohl ihrer eigenen Nation abhängt, wirken würden? Allerdings wäre uns auch in diesem Falle mancher schwere Kampf nicht erspart geblieben, aber zu einer solchen Schärfe, zu einer solchen gegenseitigen Verbitterung hätte sich der nationale Zwiespalt doch nicht zugespitzt, wie es leider thatsächlich gekommen.“

Selbst dann noch, als die Männer der böhmischen Opposition der Verfassung bereits den Fehdehandschuh hingeworfen hatten, selbst nach dem Jahre 1866 wäre es möglich gewesen, sich auf verfassungsmäßiger Basis zu verständigen, wenn in den Jahren 1867 und 1868 vor Erlassung der Declaration statt durch den Landtag direct durch das Volk für den Reichsrath gewählt worden wäre. Bekannt ist wenigstens, daß damals ein namhafter Theil der oppositionellen Abgeordneten entschieden dafür eintrat, sowohl den Reichsrath als den Landtag zu beschicken und daß nur die eiserne Parteidisziplin sie abhielt, dieser ihrer Ansicht durch die That Ausdruck zu geben. Hätten sie nun zu jener Zeit unmittelbar durch die wahlberechtigten Bevölkerung ihrer Mandate für den Reichsrath erhalten, wer weiß, ob die Fraction, welche zum eigenen Unheil und zum Unglück der ganzen Nation einer Politik der Abstinentz das Wort sprach, die Oberhand gewonnen hätte. So viel wenigstens ist gewiß, daß noch im Jahre 1868 bezüglich der Reichsrathsbeschickung Zwiespalt im nationalen Lager herrschte und daß die Partei, welche für die weitere active Theilnahme am parlamentarischen Leben eintrat, überstimmt wurde.

Heute liegen die Verhältnisse allerdings ganz anders, denn die Wortführer der böhmischen Nation sind durch ihre unkluge Politik in ein Labyrinth gerathen, aus welchem ein Ausweg kaum zu finden ist. Sie glauben, daß sie nicht mehr zurückkönnen und jeder Schritt nach

vormwärts müßte unrettbar ins Verderben führen. Kann aber nicht das Volk selber den Ausweg suchen, der seinen Führern versperrt ist? Durch die Einführung der directen Wahlen wird dem böhmischen Volke die Freiheit der Entscheidung zurückgegeben, es ist nochmals in seine Hand gelegt, jener unglückseligen und durchaus unfruchtbaren Politik, welche ihm bisher nur Enttäuschungen gebracht, ohne Einbuße an Reputation zu entsagen und eine Bahn zu betreten, welche ihm die thätige Theilnahme am öffentlichen Leben, die Hebung und Förderung seiner geistigen und materiellen Interessen ermöglacht. Wird es den Muth und die Selbstüberwindung besitzen, diesen Weg zu betreten? Lange genug war es in den Zauberkreis durchaus unfruchtbarer und freiheitsfeindlicher Parteimänner gebannt; lange genug war es ihm durch die beklagenswerthe Verblendung seiner Wortführer verwehrt, Herr seiner eigenen Geschicke zu sein. Wird es nun die Bedeutung des Augenblickes zu erfassen und die bereits halb verlorene Stellung im Rathe der österreichischen Völker wiederzugewinnen wissen, oder wird das böhmische Volk es vorziehen, noch länger der Spielball in der Hand von Leuten zu sein, deren politische Impotenz bei wiederholten Anlässen so eclatant zutage getreten ist?

Ein Moment, wie der gegenwärtige, der für Jahrzehnte, ja für Jahrhunderte hinaus über die Geschicke ganzer Völker entscheidet, kommt nur selten wieder; mögen diejenigen, denen an der Zukunft des böhmischen Volkes etwas gelegen ist, ihn nach Gebühr würdigen, damit nicht einst der Vorwurf sie treffe, daß sie es gewesen, welche dieses lebenskräftige, gewedte und intelligente Volk im kritischsten Augenblicke im Stiche gelassen oder gar auf Abwege geführt haben!

Ueber den in neuester Zeit gegen die Wahlreform auf der Tagesordnung stehenden Petitionsschwindel meldet der prager „Tagesbote“ Folgendes: „Erheuchelt ist der ganze Nothschrei und die Massenbewegung nach altem abgebrauchten Recepte eine Komödie. Nichts ist daran wahr, als das Unbehagen etlicher Reactionäre, deren Weizen nicht mehr blühen soll, und der kindische Wismuth etlicher nationaler Führer, die sich schämen, ihren Irrthum einzugestehen. Einige ungeschickte Speculanten haben sich die Finger verbrannt, und daher das Geschrei, daß der Staat in Feuer ausgehen soll. Die czechische Bevölkerung läßt sich zwar heute ebenso willig, wie seinerzeit zu Fahnenweihen und Meetings zum Unterschriften der Massenpetitionen commandieren — und das ist mit eine Folge davon, daß unsere Schulgesetze zwanzig Jahre zu spät eingeführt worden sind — aber sie fühlt nicht das Geringste von dem politischen Jammer, der in der Petition vorgelesen wird, sie erfreut sich freier politischer und blühender wirtschaftlicher Zustände, sie ist nirgends in ihrer nationalen Entfaltung gehemmt und hat in diesem Punkte auch nicht das Geringste für die Zukunft zu fürchten. Die ganze „nationale Verzweiflung“, die ganze „Massenbewegung“ ist eine Phantasmagorie etlicher Fanatiker und Speculanten. Aber neben diesem, mit der letzten Kraftanstrengung unternommenen Fluge in das Land der Utopien vollzieht sich ganz sachte und allmählig, aber auf festem und sicherem Boden eine ganz andere gesunde Entwicklung, deren erste Schritte wie die Wahl in den Bezirksschulrath, der Eintritt der czechischen Mitglieder in die Handelskammer u. s. w. mehr thatsächliche Bedeutung für die Zukunft haben, tiefere Spuren hinterlassen, als der ganze so mächtig aufgeblähte Petitionsschwindel.“

## Zur Reform des Civilprozeßes.

(Fortsetzung.)

„Nach derselben Seite hin, nämlich dorthin, wo das Interesse der großen Menge der Bevölkerung, des ärmeren Theiles der Bevölkerung in erster Linie in Betracht kommt, hat die Regierung ihr Auge auf die Vorbereitung des zweiten Gesetzentwurfes gerichtet.“

Es ist Thatsache, daß eine weit überwiegende Mehrzahl der Rechtsangelegenheiten, die bei Gericht zur Verhandlung gelangen, sehr kleine Beträge betrifft, und daß andererseits unser Civilprozeß so beschaffen ist, daß die Rechtedurchsetzung gerade bei kleineren Sachen wegen der Schwerfälligkeit des vorgezeichneten Verfahrens fast zur Unmöglichkeit wird.

Was den Umfang der Sachen betrifft, erlaube ich mir schon heute zu bemerken, daß im ersten Semester des Jahres 1872 in den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern 204.354 Klagen eingebracht wurden, welche Beträge unter 25 Gulden zum Gegenstande hatten. Das Verhältnis dieser Ziffer zur Ge-

sammtziffer der Agenden läßt sich wegen eines gewissen Mangels in den früheren statistischen Ausweisen, wo bloß die erledigten, nicht die anhängig gemachten Klagen angeführt sind, genau nicht fixieren. Ich glaube aber nicht fehlzugehen mit Rücksicht auf die vorliegenden Ziffern, wenn ich annehme, daß nahezu 1/2 aller Rechtsstreitigkeiten eben solche Beträge unter 25 Gulden betreffen. Wie drückend dieses Verhältnis beim heutigen Stande der Sache nach beiden früher bezeichneten Seiten wirken muß, leuchtet jedermann ein. Die Regierung hat daher einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, welcher gleich dem früher erwähnten über das Mahnverfahren schon seit längerer Zeit publiciert und einer höchst ausgedehnten Begutachtung unterzogen worden ist.

Der unmittelbare Zweck dieses Gesetzentwurfes, der die Aufschrift führt: Gesetz über das Bagatellverfahren, der unmittelbare Zweck dieses Gesetzes ist, den Parteien bei geringfügigen Sachen, wobei der Werthgegenstand 25 fl. nicht übersteigt, eine rasche leichte und einfache Rechtsdurchsetzung zu sichern, überdies aber die Möglichkeit zu gewähren, dieses Verfahren, wenn daselbe das Vertrauen des Publicums gewinnt, durch Vereinbarung der Parteien auf Rechtsfachen bis zum Betrage von 500 fl. auszudehnen. Neben dem unmittelbaren Zwecke hat die Regierung einen mittelbaren im Auge.

Der Gesetzentwurf über das Bagatellverfahren ist eben auf jene Prinzipien basiert worden, auf welche nothwendig das künftige Civilprozeßverfahren wird gegründet werden müssen. Darum hofft die Regierung durch rasche Einführung dieses Gesetzes gerade an jenen Stellen, wo es sich darum handelt, die Empfindlichkeit gegen Neuerungen möglichst zu vermeiden, den Uebergang zum neuen Verfahren sowohl für das Publicum als auch für die an der Rechtsprechung unmittelbar Theilhaftigen wesentlich zu erleichtern. Sie hofft ferner, wenn sie auch klar einsteht, daß nicht alles, was für das Bagatellverfahren zulässig ist, auch für das Verfahren in größeren Sachen zulässig ist, daß dann doch einzelne Fragen, welche in diesem Gesetzentwurfe zur Erörterung kommen, namentlich diejenigen, welche sich auf die Vereinfachung des Beweisverfahrens beziehen, schon jetzt in einer Weise der Prüfung des hohen Reichsrathes unterzogen werden können, welche der Regierung die Möglichkeit geben wird, bei Ausarbeitung des vollständigen Civilprozeßentwurfes auch in dieser Hinsicht eine etwas sichere Basis zu gewinnen.

Schon diese letzte Andeutung genügt, um das sicherzustellen, auf dessen Sicherstellung ich den größten Werth lege, daß die Regierung nicht vermeint, mit diesem Gesetzentwurfe eine Abschlagszahlung auf die Civilprozeßreform in der Richtung zu geben, damit sie von der Zahlung der ganzen Schuld entbunden oder auch nur diese Zahlung länger als unbedingt nöthig hinausgeschoben werde.

Im Gegentheile, die Regierung hat die Ueberzeugung, daß, indem sie der Bevölkerung schon jetzt etwas zu bieten sucht, was sie für gut hält, sie zu gleicher Zeit die Reform des gesammten Civilprozeßverfahrens beschleunigt und erleichtert. Einem anderen Vorwurfe allerdings schiebt die Regierung diese Vorlage und sich als den Träger derselben ausgelegt, einem Vorwurfe, den sie nicht als vollständig unbegründet beseitigen kann.

Es wird ohne Zweifel sofort bemerkt werden, daß wir in Oesterreich ohnedies mit verschiedenen Verfahrensarten in reichlichster Weise ausgestattet seien und es nichts weniger als erfreulich sei, die Zahl dieser Verfahrensarten noch zu vermehren, und daß eine Steigerung der ohnehin schon herrschenden Verwirrung davon zu besorgen sei.

Diesen Vorwurf abzuschwächen — denn ganz beiseitigen läßt er sich nicht — ist der Hauptzweck der dritten Vorlage, welche ich die Ehre habe heute einzubringen, nämlich des Entwurfes eines Gesetzes, womit für Civilstreitsachen die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der Bezirksgerichte, die Gleichstellung aller Gerichtshöfe erster Instanz betreffs der Einleitung des ordentlichen Verfahrens und die Erweiterung der Anwendung des summarischen Verfahrens verfügt wird. (Schluß folgt.)

### Aus dem ungarischen Reichstage.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 23. d. setzt Horn in der Budgetdebatte seine Kritik über das Budget fort und rath zur Aenderung der Finanzpolitik. Der Ministerpräsident Szlavy hält eine einstündige Rede und entwickelt in derselben das von Pulszky und Horn geforderte, aber auch von der Regierung bereits vorbereitete Programm. Das Exposé wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Der Ministerpräsident sagt im wesentlichen Folgendes: Die Recriminationen betreffs der Vergangenheit nützen nichts und sind auch nicht ganz berechtigt, da das ganze Haus und alle Parteien die gegenwärtige Finanzlage herbeigeführt, die keineswegs besorgniserregend ist. Der Redner weist dem Abgeordneten Tisza gegenüber nach, daß dieser nicht präliminierte Ausgaben im Hause durchsetzte. Das erste Mittel zur Verbesserung etwaiger begangener Fehler ist Sparsamkeit, welche die Regierung acceptiert, soweit sie nicht die öffentlichen Interessen schädigt. Das zweite Mittel sind fruchtbringende Investitionen in vernünftiger Reihenfolge; das dritte Verkauf jener Staatsgüterparzellen, die dem Staate keinen Nutzen bringen. Außerdem Steuererhöhung und Einführung einiger neuer Steuern. Bezüglich alles dessen acceptiert der Ministerpräsident die Anträge des Finanzausschusses.

Derselbe theilt mit, daß das Ministerium demnächst folgende Gesetzentwürfe vorlegen werde: Ueber Steuererhöhung, den Grundcataster, einen Criminalcodex, einen Handelsgesetzentwurf und einen Gesetzentwurf über Actiengesellschaften, endlich einen Plan über alle Eisenbahn-, Land- und Wasserstraßen. Die Regierung wird auch angeben, in welcher Reihenfolge und mit welchen Mitteln alles dies ohne zu große Belastung des Landes realisiert werden kann.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Schwarz und Moriz sprach noch Mariaffy, der die Rechte gegen die Angriffe der Opposition verteidigte.

### Fürst Bismarck.

Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ veröffentlicht das nachfolgende Schreiben des Kaisers vom 1. d. M. an den Fürsten-Reichskanzler:

„Berlin, 1. Jänner 1873. Sie wissen, mit wie schwerem Herzen ich Ihren Wunsch erfüllt habe, indem ich Sie vom Vorsitze des Staatsministeriums entband. Aber ich weiß, welche geistige und körperliche Anstrengungen 10 Jahre dieser Stellung von Ihnen verlangt, und will deshalb nicht länger ansehen, Ihnen diese Erleichterung zu bewilligen. Zehn inhaltsschwere Jahre liegen hinter uns, seit Sie der Berufung, an die Spitze der preussischen Verwaltung zu treten, Folge leisteten.

Schritt für Schritt hat Ihr Rath und Ihre That mich in stand gesetzt, Preußens Kraft zu entwickeln und Deutschland zur Einigkeit zu führen. Ihr Name steht unauslöschlich in der Geschichte Preußens und Deutschlands verzeichnet und die höchste Anerkennung ist Ihnen von allen Seiten gerecht zutheil geworden. Wenn ich genehmige, daß Sie die mit so sicherer und fester Hand geführte Verwaltung Preußens niederlegen, so werden Sie mit derselben doch unter Fortführung der politischen Aufgaben Preußens in Verbindung mit denen der deutschen Reichskanzlerstellung im engsten Zusammenhange bleiben.

Durch Verleihung der Brillanteninsignien meines hohen schwarzen Adler-Ordens will ich Ihnen bei diesem Anlasse einen erneuerten Beweis meiner höchsten Anerkennung in nie erlöschender Dankbarkeit geben. Mögen die gewährten geschäftlichen Erleichterungen die Kräftigung Ihrer Gesundheit sichern, die Sie hoffen und ich wünsche, damit Sie lange noch dem engeren und weiteren Vaterlande und mir Ihre bewährten Dienste widmen können. Ihr treu ergebener, dankbarer König Wilhelm.“

### Der Steuerertrag in Frankreich.

Das „Journal officiel“ bringt eine Uebersicht über die Einnahmen an directen und indirecten Steuern in Frankreich im Jahre 1872. Die indirecten Steuern haben im ganzen genommen um 153,605.000 Frs. abgenommen. Das genannte Blatt fügt dieser Uebersicht folgende Mittheilungen bei:

„Man ersieht aus den vorstehenden Tabellen, daß die directen Steuern sich in einer vollkommen regelmäßigen und befriedigenden Lage befanden, weil die Steuererhebungen die 1 1/2, welche am 1. Jänner fällig waren, um 15,830.000 Frs. oder 31 Cent. per Zentner übersteigen haben. Das Nämlche ist der Fall mit dem Ertrage der Einregistrierung und des Stempels, deren Anschlag um 16,690.000 Frs. überstiegen wurde. Es ist wahr, daß die Voraussetzungen des Budgets um 7 Millionen verkürzt werden mußten, welche als die Consequenz des Gesetzes vom 30. März v. J. betreffs der Transmissionsabgaben auf die Werthpapiere eingeschrieben worden waren, welches Gesetz aber durch das vom 29. Juni modificiert wurde. Die übrigen indirecten Steuern und Einkommen (Einregistrierung und Stempel ausgenommen) ergaben im Gegentheil einen Verlust von 170,295.000 Frs. im Vergleich zu den Anschlägen des Budgets. Zu bemerken ist jedoch, daß die von der Verwaltung für diesen Minderertrag angegebenen Ursachen (Verzögerung in dem Botum-Gesetze etc., Vorausbezahlung, Schmuggel und Devaluationen) allmählig aufhörten auf die Steuererhebungen einzuwirken.“

## Seuilleton.

### Blut um Blut

oder:

#### Die Regimenter Piemont und Auvergne.

Novelle von Rudolph Müldener.

(Fortsetzung.)

Schon tagsvorher war es zwischen Piemont und Auvergne an verschiedenen Plätzen der Stadt zu ernstlichen Schlägereien gekommen. Die Soldaten von Auvergne liebten den Grafen de Courmel, sein Schicksal ging jedem zu Herzen; man besprach sich über die Ungerechtigkeit des Urtheils, maß dem Regimente Piemont die ganze Schuld des Unglücks bei und ging endlich zu Schlägereien über, bei denen Schwerverwundete und Tode auf dem Plage blieben.

Nach dieser menschenlichen Ermordung jenes Soldaten nahm die gegenseitige Erbitterung zwischen beiden Regimentern nur einen um so schlimmeren Charakter an.

Köln glich einer im Sturm genommenen Stadt. Die Läden wurden geschlossen, die Einwohner flüchteten sich in die Häuser, niemand wagte sich mehr heraus, auf allen Gesichtern las man Angst und Entsetzen.

Nur Eine Person schien sich wenig um die Gefahr, der sie sich durch ihr Verbleiben auf dem Schauplatze dieses Tumultes aussetzte, zu kümmern. Sie lief vielmehr einem Haufen Soldaten nach, unter denen sie einen zu kennen schien und mit dem Rufe: La Mitraille! La Mitraille! zurückzuhalten suchte.

Es war Jumela, das Zigeunermädchen, Jumela, die Verlorengeliebte, die Verschollene, die sich während der ganzen Zeit, als Auvergne in Köln lag, verborgen gehalten hatte, ohne daß jemand darum wußte.

Der Grenadier lehrte sich um, als er von einer Frauenstimme seinen Namen rufen hörte. Aus seinen Augen flammten Blitze; man sah es ihm an, daß er, von Wuth entbrannt, den Augenblick kaum erwarten konnte, wo er seine Kraft im erbitterten Kampfe mit Piemont erproben konnte.

Seine finsternen, drohenden Blicke heiterten sich aber auf, als er zu seiner größten Ueberraschung die wohlbekannten Züge des „braunen Mädchens“ sah.

„Wie! Du bist es, Jumela?“ rief er erstaunt. „Alle Teufel, was ist denn aus dir geworden? Seit wir in diesem verdammten Nest liegen, sah man dich mit keinem Auge.“

„Frage mich nicht lange,“ erwiderte Jumela, „sondern antworte mir lieber. Was geht hier vor? Was bedeutet dieses wilde Toben und Schreien der Soldaten? Jumela will es wissen.“

„Was hier vorgeht?“ rief La Mitraille, indem er mit wiederkehrender Wuth seine Fäuste ballte. „Wir wollen unsern braven Capitän rächen, den Grafen de Courmel, den diese Hunde ins Verderben stürzten. Aber sie sollen uns kennen lernen,“ fügte er nach einer Reihe von Kraftausdrücken, die wir unmöglich wiedergeben können, hinzu, „wir wollen ihnen zeigen, ob Auvergne einen solchen Schimpf auf sich sitzen läßt!“

„Aber mein Gott, was ist's mit dem Grafen? Was haben sie ihm gethan? Ich weiß von gar nichts!“

„Wärst du bei uns geblieben, so wüßtest du's,“ erwiderte der Grenadier vorwurfsvoll. „Er sitzt im Gärzengisch und ist zum Tode verurtheilt.“

Jumela schrie laut auf, als sie diese Schreckenskunde vernahm. Sie knickte zusammen, und wäre die Mauer des nächststehenden Hauses nicht gewesen, an die sie sich stützte, so würde sie ohne Zweifel niedergefallen sein.

La Mitraille hielt sie mit kräftigem Arme aufrecht.

Aus dem Entsetzen Jumelas schloß er nicht mit Unrecht auf die Sympathie für den Grafen. Wer aber seinen braven Capitän liebte, den liebte auch er, und so blies er, obwohl es ihn drängte, seinen Waffenbrüdern nach zu weichen, die unterdessen lärmend fortgezogen waren, mit dem Mädchen stehen und erzählte mit mehr Ausführlichkeit den Verlauf der Begebenheiten.

„Man beschuldigt den armen Grafen,“ sagte er, „vor zwei Jahren einen gewissen Capitän Foncolombe in St. Goar ermordet zu haben. Aus dieser nicht trachtigen Verleumdung rühren eine Menge Duelle her, bis ein dummes Gesetz verkündet wurde, welches den Zweikampf mit dem Tode bestraft. Nun geschah dem armen Capitän, daß er in einem solchen Zweikampfe einen vom Regimente Piemont todtschag, und dafür er erschossen werden.“

„Vor zwei Jahren in St. Goar?“ murmelte Jumela wie träumend. „Einen gewissen Foncolombe?“

Und deshalb will man ihn erschießen?“

„Ja, alle Teufel!“ rief La Mitraille; „ich habe es ja eben gesagt. Und nun halte mich nicht länger auf,“ fügte er hinzu, indem er sich von Jumela losriß, „Ich komme sonst zu spät und dies würde ich dir verzeihen.“

Mit diesen Worten eilte er fort, ohne daß Jumela ihn mehr zurückzuhalten suchte.

Hätte La Mitraille sie genauer beobachtet, so hätte er gesehen haben, daß sie mit herabhängenden Armen und auf die Brust gesenktem Kopfe wie erschöpft an der Mauer lehnte und nicht mehr im stande zu sein schien, sich von der Stelle zu bewegen.

Der Grenadier lief aber, ohne sich weiter um sie zu bekümmern, seinen Kameraden nach und erreichte den Altmarkt, als die Schlacht zwischen beiden Regimentern bereits im vollen Gange war.

(Fortsetzung folgt.)

Während in der That das erste Trimester im Vergleich zu den Anschlägen einen Verlust von 18,289.000 Fr. oder 17.01 pCt. auf die Zölle, die indirecten Abgaben und die Posten, das zweite Semester einen Verlust von 58,908.000 Fr. oder 19.72 pCt. und das dritte Trimester einen Verlust von 44,191.000 Fr. oder 14.05 pCt. hatte, beträgt der Verlust der vier Trimester, wenn man die zu erhebenden Steuern, deren Eingang als sicher zu betrachten ist, in Rechnung stellt, nur 18,912.000 Fr. oder 5.51 pCt., von welchen auf den Monat Dezember nur die verhältnismäßig geringe Summe von zwei Millionen kommt. Man wird bemerken, daß der Ertrag der beiden Decimen auf die Preise der Plätze für die Reisenden und derjenigen auf den Warentransport per Schnellzug auf den Eisenbahnen die auch dem Budget eingeschriebenen Anschläge um 7,880.000 Fr. übersteigt. Die Erhebungen von 1872 haben jedoch ausnahmsweise aus den Summen Nutzen gezogen, welche die Gesellschaften noch vom Jahre 1871 her schuldeten. Der Minderertrag von 153,605.000 Fr. vertheilt sich auf die neuen und alten Steuern, wie folgt: alte Steuern: Anschläge im Budget 1.306,032.000 Fr.; wirklicher Ertrag 1.251.031.000 Fr.; Verminderung auf die Anschläge 55,001.000 Fr.; neue Steuern: Anschläge 476,737.000 Fr.; wirklicher Ertrag 378,133.000 Fr.; Verminderung 98,604.000 Fr., im ganzen also 153,605.000 Fr."

**Politische Uebersicht.**

**Kaibach, 26. Jänner.**

Infolge einer Allerh. Entschlieung erhält das in der Militärgrenze geltende Handelsgesetzbuch auch im besselvarer Comitete, in Sisset und in der Stadt Zengg Gesetzeskraft.

Dem deutschen Reichstage werden von Seite des Bundesrathes folgende neue Gesetze vorgelegt werden: 1. der Entwurf einer Strafprozeß-Ordnung; 2. das Gesetz über die Kriegesleistungen; 3. das Bankgesetz; 4. das Münzgesetz; 5. das Vereinsgesetz; 6. das Gesetz über das Rechnungswesen; 7. der Entwurf der Civilprozeß-Ordnung; 8. das Gesetz über die Gerichtsverfassung.

Die Commission zur Berathung der kirchenpolitischen Gesetze für Preußen beschäftigt sich bekanntlich zunächst mit der Vorfrage, ob die Gesetzentwürfe eine Verfassungsänderung involvieren. Gaeist als Referent erklärte, daß wenigstens eine Declaration der Verfassung bei der Vieldeutigkeit des Artikels 15 wünschenswerth sei, und beantragte, den Artikel 15 und 18 der Verfassung die nachstehende Fassung zu geben, bei welcher die gesperrten Worte die vorgeschlagenen neuen Zusätze bedeuten: „ad Art. 15. Die evangelische und die römisch-katholische Kirche, sowie jede andere Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbständig, bleibt aber den allgemeinen Aufsicht des Staates unterworfen. Mit der gleichen Maßgabe bleibt jede Religionsgesellschaft im Besitze und Genuß der für ihre Cultus, Unterrichts- und Wohlthätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen und Fonds. ad Art. 18. Das Ernennungs-, Vorschlags-, Wahl- und Bestätigungsrecht bei Besetzung kirchlicher Stellen ist, soweit es dem Staate zuzieht und nicht auf dem Patronat oder besonderen Rechtstiteln beruht, aufgehoben. Allgemeine Erfordernisse der Vorbildung, Anstellung und Entlassung der Geistlichen, sowie die äußeren Grenzen der kirchlichen Disciplinargewalt bestimmt das Gesetz. Die Anstellung von Geistlichen beim Militär und an öffentlichen Anstalten bestimmt sich durch die darüber zu erlassenden Verordnungen.“

Der „Tempo“ schreibt: „Man weiß recht gut, worauf es die Majorität der Nationalversammlung in Versailles im Grunde abgesehen hat. Sie möchte Herrn Thiers, die Regierung entreißen und dieselbe an sich bringen, um sie unter dem Deckmantel seines Credits, seines Ansehens, seiner Beliebtheit fortzuführen. Nur gehört dazu die Zustimmung des Herrn Thiers und sogar noch etwas mehr, nämlich die Zustimmung der öffentlichen Meinung, welche wahrscheinlich den Präsidenden im Stiche lassen würde, wenn er sich dazu verstände, vor der Rechten der National-Versammlung in den Schatten zu treten.“ Dazu bemerkt die „Republique Francaise.“ „Sehr richtig und treffend gesagt! Herr Thiers ist also beizeiten vor dem Fallstrick gewarnt, welchen man ihm gelegt hat. Wir können nur hinzufügen, daß nicht wahrscheinlich, sondern ganz gewiß die öffentliche Meinung Herrn Thiers im Stiche lassen würde, wenn er sich selbst im Stiche ließe. Alles hat seine Grenze, auch die Geduld des Landes, welches sich über so viele unnütze Zugeständnisse an Parteien, die doch unversöhnlich sind, wundert und beunruhigt.“

Der „Regierungsanzeiger“ bespricht den Gedankenaustausch zwischen Rußland und England betreffs der central-asiatischen Frage und bemerkt, daß seit drei Jahren mit London hierüber ein Notenwechsel bestesse, welcher bis heute fortdauernd freundschaftlich war und wobei kein Meinungsunterschied hervorgetreten ist. In den südwestlichen Gouvernements Rußlands macht sich seit einiger Zeit unter der bäuerlichen Be-

völkerung eine bedenkliche Aufregung gegen die politischen Gutsbefitzer bemerkbar, die sich hin und wieder schon durch grobe Excesse kundgegeben hat. Diese Aufregung wird genährt durch das unter dem Volke allgemein verbreitete Gerücht, der polnische Adel gebe sich alle Mühe, die Regierung zur Wiedereinführung der früheren Frohdienste zu bestimmen, und biete zu diesem Zwecke ungeheure Summen an. Die Behörden vermuthen als Urheber und Verbreiter dieser Gerüchte Emiffäre der socialistischen Partei, die auch in andern Gegenden Rußlands aus allen Kräften dahin strebt, die Bauern gegen den Adel aufzumiegeln. Die feindselige Stimmung der bäuerlichen Bevölkerung gegen den Adel hat schon manchen polnischen Gutsbefitzer in den südwestlichen Gouvernements veranlaßt, seine Besitzungen zu verkaufen und nach einer anderen Gegend überzusiedeln.

Die rumänischen Kammern haben ihre Sitzungen wieder aufgenommen. Das „Amtsblatt“ promulgiert das fürstliche Decret, womit die Statuten der austro-rumänischen Baubank aus Wien sanctioniert und das Functionieren dieser Bank in Rumänien unter der Leitung der Herren Stefan Golefen, Catargin, Balsch und Aklan genehmigt werden.

**Zum Kapitel „Staatsschulden.“**

Die Anträge der finanziellen Commission des Herrenhauses über den von der Staatsschulden-Control-Commission des Reichsrathes erstatteten dritten Jahresbericht vom 18. März 1872 gehen dahin:

1. Es wird dem Beschlusse des hohen Abgeordnetenhauses beigestimmt, daß die Herausgabe von einheitlichen, in Staatsnoten verzinlichen Staatsschuldschreibungen für Kapitalsrückzahlungen von den zur nicht gemeinsamen schwebenden Schuld gehörigen Cautionen und Depositen nicht beanständet werde.
2. Die h. Regierung wird aufgefordert, in Erwägung zu ziehen, ob nicht ein Präklusivtermin für die Convertierung der älteren Staatsschuldschreibungen unter besonderer Rücksichtnahme auf jene Kategorie derselben festzusetzen sei, in welcher kein die Kapitalrückzahlung bezeichnender Termin enthalten ist.
3. Es wird der Inhalt des von der Staatsschulden-Controlcommission des Reichsrathes unterm 18. März 1872 erstatteten Jahresberichtes unter Anerkennung der Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit und aufopfernden Hingebung dieser Controlcommission zur befriedigenden Kenntnis genommen.

**Tagesneuigkeiten.**

(Der Prinz von Wales) wird sich zur Eröffnungsfest der Weltausstellung nach Wien begeben.

(Personalnachricht.) Dem „Bester Alcyl“ zufolge ist im Befinden Sr. Exc. des Herrn Ministers von Tsch eine merkliche Besserung eingetreten.

(Weltausstellung 1873.) In der französischen Nationalversammlung brachte Tolain einen Antrag ein auf Eröffnung eines Credits von 100.000 Frcs. behufs Entsendung französischer Arbeiter zur wiener Weltausstellung.

(Geistlicher Personalstand in Kärnten.) Nach dem Schematismus der Diocese Gurk für das Jahr 1873 zählt Kärnten bei einer Katholikenzahl von 328.850 Seelen 995 Kirchen und Kapellen und 523 Priester. Die Kloster-Geistlichkeit vertheilt sich in folgender Weise: Benedictiner 42, Kapuziner 28, Serviten 12 und Noviziatenhaus der Jesuiten zu St. Andrä im Lavantthale 60. Von den Frauenklöstern zählt das Ursulinerkloster in Klagenfurt 44, das Elisabethenkloster ebendort 29, das Dominikanerinnenkloster zu Friesach 13 und die drei Klöster der Schulschwestern je 5, 3 und 4 Mitglieder. Neu in die Seelsorge eingetreten sind im Jahre 1872: 14 Priester, gestorben 20. Im f. b. Kunden-Seminar zu Klagenfurt befinden sich heuer 19 Böglinge, im Priester-Seminar ebendaselbst 33 Alumnen.

(Zum Carroussel), welches im Februar in Pest abgehalten wird, haben sich bereits an 50 Reiter gemeldet. Das detaillierte Programm ist noch nicht festgestellt, wird aber ungefähr folgende Nummern enthalten: 1. Großer Eröffnungsfestzug. 2. Quadrille, ausgeführt von Herren und Damen, im Jagdcostüme aus der Zeit Ludwig XIV. 3. Die Evolutionen mit vier großen Biererzügen, im französischen Postcostüme; die vier Züge werden aus 4 Rappen, 4 Braunen, 4 Füchsen und vier Falben bestehen. 4. Jagdspiel, dargestellt von 24 bis 30 Herren zu Pferde, in französischem Jagdcostüme. 5. Evolutionen mit acht Zweierzügen im Postcostüme. 6. Zum Schluß ein Festzug aller Theilnehmer. Außer den Herrrn werden diesen Zug noch Reiter, Pagen, Troßhuben u. s. w. begleiten.

(Jung gefreit, hat nie gerent.) Johann Kodar, Gemeinderichter in Maros-Ludas, 92 Jahre alt, führt demnächst eine 32 Jahre alte Frau zum Altare.

(Aus der Militärgrenze.) Nach der „N. Tem. Bz.“ bringen mehrere Blätter die Alarmnachricht von einem Aufstande in der Militärgrenze. Aller Uebertreibungen entleidet reducirt sich das Borgesallene darauf, daß in der Gemeinde Petrovofelo aus Anlaß einer gegen die Geldgebarung des Richters eingeleiteten Untersuchung ein geringfügiger Auflauf stattfand, daß aber das bloße Erscheinen einer kleinen Militärabtheilung genügte, um die Ruhe sofort wiederherzustellen.

(Ueberschwemmungsschäden in Böhmen.) Nach den amtlichen Ausweisen beziffert sich der Gesamtschaden mit 8,885.450 fl., und zwar ist der Schaden an Communicationen (Eisenbahnen und Straßen) mit 1,150.260 fl., an Gebäuden mit 704.639 fl., an Mobilien mit 534.995 fl., an den Industrialwerken mit 1,040.061 fl., an Vieh mit 52.000 fl. angelegt. Was die bei der Elementar-Katastrophe zu Grunde gegangenen Menschenleben anbelangt, so sind es im ganzen 240 Menschenleben, welche die Katastrophe dahintrassie.

(Gewitter.) Am 20. d. M. abends nach 8 Uhr hat sich ein fürchtbares Gewitter über Paris entladen. Die Blitze folgten einander ununterbrochen durch zwanzig Minuten und schlugen an verschiedenen Orten ein, ohne indes erheblicheren Schaden anzurichten.

(Die Wehrpflicht in Italien) erstreckt sich jetzt bis zum vollendeten 40. Jahre. Der Kriegsminister Ricotti bemittelt hiernach das stehende Heer sammt der Reserververlauf 640.000, die mobile Armee oder Landwehr auf 240.000, im ganzen 880.000 Mann, welche Summe durch Hinzutritt des Landsturmes auf eine Million gebracht werden kann.

**Locales.**

(Der Herr k. l. Landes Schulinspector Solar) hat über Einladung des krainischen Landes Schulrathes ein Wörterbuch zum Madiera'schen deutschen Lesebuche für Untergymnasien zusammengestellt. Das Manuscript ist bereits unter der Presse und wird demnächst den Weg der Oeffentlichkeit betreten.

(Josef Klacel), im Jahre 1793 in Böhmen geboren, ein Veteran, der im Jahre 1813 auf dem Schlachtfelde bei Leipzig mitgefochten und seit dem Jahre 1826 in Krain lebte, wurde in voriger Woche in Kaibach zu Grabe getragen.

(Für den krainischen Schulpfennig) sind eingegangen: Ergebnis der Büchsenjammung in Kaibach 9 fl. 81 kr. Vom Ortschulrath in Brunnndorf durch die k. l. Bezirkshauptmannschaft Umgebung Kaibach 34 fl., und zwar: Josef Graf Auersperg, Besitzer der Herrschaft Sonnegg, 25 fl.; Dr. Dolar, Besitzer von Ebenporten in Bröist, 5 fl.; Oberförster Franz Stuchly in Hommerstiel 3 fl.; Josef Schubl, Bezirkswundarzt in Brunnndorf, den Jahresbeitrag von 1 fl. Alois Waldberr, Institutsinhaber, 10 fl.

(Die Bürgerkränzchen) nehmen in der heurigen Faschingsaison unter der Serie der Vergnügungen wieder einen glänzenden hervorragenden Rang ein. Der Besuch des vorgestrigen Kränzchens war ein gesteigerter. Wir sahen mehr als stebzig Paare in den Reihen der Quadrille und des Cotillons. Betonen wollen wir, daß es vorgestern in erster Linie die hübschen Frauen waren, die sich dem Tanzvergnügen mit besonderer Lust in die Arme warfen. Die Gesellschaft verließ erst in den gestrigen Morgenstunden den Tanzsaal. Der Hofballmusikdirector Herr Eduard Strauß in Wien componierte, wie uns wiener Blätter erzählen, für diese Saison ganz nette, frische und melodienreiche Tanzpiereen. Wir richten im Namen der tanzenden und zuhörenden Welt an den Herrn Kapellmeister das Ersuchen, uns auch die jüngsten Kinder der Strauß'schen Muse vorzuführen zu wollen.

(Faschingschronik.) Dienstag den 28. d. findet in Roslers Bierhalle ein Tanzkränzchen nicht statt.

(In der Citalnica zu Stein) wurde gestern das Lustspiel „Er weiß selbst nicht, was er will“, aufgeführt.

(Zeichencurs-Eröffnung.) Gestern wurde in Gottschee ein Fachkurs für gewerbliches Zeichnen im Zeichenjaale des Gymnasiums eröffnet.

(In Luber) wird am 2. t. M. die Citalnica mit einer Beseda eröffnet.

(Ueber die Verhältnisse in Krain) bringt die „Grazer Tagespost“ nachstehenden keineswegs freundlichen Bericht: Das unwürdige Spiel der Landtagsmajorität mit den wichtigsten Interessen des Landes, die Verhimmelung von nationalen Männern, die im eigenen Lager keiner großen Sympathien sich erfreuen, und die niedrigen Angriffe gegen wahre Patrioten, deren unerschütterliche Ehrenhaftigkeit und selbstlose Heimatsliebe allgemein anerkannt wird, müssen zu einer Zerfetzung der Partei führen, deren segensreiche Folgen sich wohl schon bei den nächsten Landtagswahlen zeigen dürften. Was aber vor allem den Slovenen die Theilnahme aller Bernünftigen entzieht, das ist ihre innige Verquickung mit dem Klerus. Wir kennen eine Reihe von Männern, die mit Freunden allen berechtigten Forderungen der Nationalen auf dem Gebiete der Volksbildung, der Hebung der Literatur u. s. w. unterstützen würden und, selbst Krainer, mit großer Liebe an einem Lande hängen, dessen Bewohner reich an tüchtigen Fähigkeiten sind, dessen Boden bei einer rationelleren Bewirtschaftung das Lebensfache von dem tragen könnte, was er jetzt abwirft, und dessen günstige geographische Lage, als Verbindungsmitglied der Adria mit den inneren Provinzen der Monarchie, die Vorbedingungen für einen commerciellen Aufschwung bietet, wie sich ihn die Capacitäten unserer Handelskammer gar nicht träumen lassen. Aber mit Ekel perhorrescieren diese Männer den Bund mit einer Partei, deren wesentlichste Stütze jener Theil des Klerus ist, der hier wie überall religiösen Fanatismus predigt und das Volk in einer Rohheit groß gezogen hat, die jedem Fremden den Aufenthalt in Krain unerträglich macht.“

(Das Concert) des Theaterorchesters in Ehrfelde Casinocalitäten war gestern sehr gut besucht.

(Theaternachricht.) Morgen findet zum Vortheile des verdienstvollen Theaterkapellmeisters Herrn Delin die Aufführung der großen Vorzüglichen Bauberoper „Undine“ statt.

(Herr Karl Schlesinger) der bei uns im besten Andenken stehende Komiker, befindet sich derzeit als Theater-Regisseur, Geschäftsführer und Schauspieler in Pest.

(Nummer 2 der „Laibacher Schulzeitung“) enthält an leitender Stelle einen Artikel über „die Lehrbefähigungsprüfung für Volksschulen“.

(Unglücksfall.) Der 77jährige Inwohner Anton Bgainer in Großoblat, Bezirk Loisch, wurde am 21. d. dort aufgefunden.

(Für Beamtenreise.) Das Gesetz vom 21. Dezember 1872 betreffend die der Regierung eingeräumte Ermächtigung zur Forterhebung der Steuern und Abgaben, dann zur Bestreitung des Staatsaufwandes in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende März d. J.

(Theaterbericht vom 25. d.) Der Magier und Escamoteur Herr Louis Figér gab bei gut besuchtem Hause seine zweite Vorstellung.

Börsebericht. Wien, 24. Jänner. Obwohl das gestern verbreitete Gerücht über die Herabsetzung des Discontofusses der Bank von England heute seine Bestätigung fand, wurde der Elisabethbahn zu rechnen. Devisen etwas feiser.

Table with financial data: A. Allgemeine Staatsschuld für 100 fl., B. Grundentlastungs-Obligationen, C. Andere öffentliche Anleihen.

Frische gegebenen Spässe das Publicum. Beide Repräsentanten der Komit wetteiferten, jeder nach seiner Art, in der Darstellung ihrer Parte und erhielten großen Beifall.

(Brünner Bank.) Der Länderbankenverein bestützt die Wiederkehr günstiger Geldverhältnisse, um die Actien seines Tochterinstitutes, der „Brünner Bank“ zu emittieren.

(Divresan-Veränderungen.) Uebersetzt wurden: Anton Stufca, Kaplan in Altenmarkt bei Laa, nach Preßerje; Johann Bessel, Kaplan in St. Veit bei Birkniz, nach Altenmarkt.

(Schlußverhandlungen beim k. l. Landesgerichte in Laibach.) Am 29. Jänner. Giovanni Massei: Diebstahl; Bartelmä Primc und 2 Genossen: schwere körperliche Beschädigung; Sebastian Wilhelm: öffentliche Gewaltthätigkeit.

Neueste Post.

Wien, 26. Jänner. Se. Majestät der Kaiser werden den 27. d. M. Audienzen zu ertheilen geruhen. Prag, 25. Jänner. Die Statthalterei untersagte die Auflegung der Petition an den Kaiser im Kaufstoclen und Wirthshäusern in Prag und auf dem Lande, Diebeszügliche Placate wurden entfernt.

2. Februar beabsichtigte Labor in Horzitsch wurde verboten.

Leimberg, 26. Jänner. Es verlautet, die galizischen Deputirten werden an der Wahlreformberatung im Abgeordnetenhaus teilnehmen.

Berlin, 25. Jänner. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ wiederholt den Wunsch, die Gramont-Beust-Affaire abgethan zu sehen; sie gehöre der Geschichtsforschung an.

Telegraphischer Wechselkurs vom 25. Jänner. Papier-Rente 67.15. — Silber-Rente 71.50. — 1866 Staats-Anlehen 103.75. — Pant-Actien 966. — Credit-Actien 332. — London 109.36. — Silber 107.40. — R. f. Ducaten — Napoleon'sdor 8.71.

Handel und Volkswirtschaftliches

Wochenausweis der Nationalbank. (Nach § 1 der Statuten und auf Grund der Besetze vom 5. Mai und 28. August 1866.) Veränderungen seit dem Wochenanweise vom 51. Jänner 1873: Banknoten-Umlauf 321,125,880 fl.

Laibach, 25. Jänner. Auf dem heutigen Markte sind erschienen: 4 Wagen mit Getreide, 12 Wagen und 1 Schiff (Klaster) mit Holz.

Table with market prices: Durchschnitts-Preise. Columns include item names like Butter, Eier, Milch, Fleisch, etc., and their prices.

Theater. Heute: Letzte Vorstellung des Magiers El Marab (Louis Figér). Diesem geht vor: Umsonst, oder: Der Vetter aus Regensburg. Poffe mit Gesang in 1 Act von Nestroy.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach

Table with meteorological data: Jänner, Zeit der Beobachtung, Barometerstand, Lufttemperatur, Wind, Anhalt des Schnees.

Den 25. morgens dichter Schneefall. Mittags Regen, weter. Den 26. trübe, nachmittags windig. Die Tagestemperatur der Wärme waren + 1.1° und + 2.2°, um 3.0° und 4.0° dem Normale.

Table with exchange rates and interest: Berantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Kleinmayr. A. Wechsel (3 Monate), B. Curs der Geldsorten, C. Prioritätsobligationen.